

ERKLÄRUNG zum Kongress am 26. / 27.9.2016 in Frankfurt:

„Eine für alle – Die inklusive Schule für die Demokratie“

Das den Menschen- und Kinderrechten zugrunde liegende Gleichheitsgebot gilt für alle Mitglieder unserer Gesellschaft. Alle Kinder haben demnach ein Recht auf bestmögliche Bildung und auf die optimale Entfaltung ihrer Potenziale. Die Schule in Deutschland wird diesem Bildungsauftrag nicht gerecht, weil das Bildungssystem insgesamt unterfinanziert und die gegliederte Struktur der Sekundarstufe auf Sortierung und soziale Auslese hin ausgerichtet ist. Das selektive Schulwesen verschärft die sozial, kulturell und regional bedingten Unterschiede in der Bildungsteilnahme von Kindern und Jugendlichen. Damit befördert das selektive Schulwesen die sich immer deutlicher abzeichnende Spaltung unserer Gesellschaft – anstatt dieser entgegenzuwirken.

Darüber hinaus widerspricht das Nebeneinander von Regelschulen und Sonderschulen dem Gleichheitsgebot unserer Verfassung, der Kinderrechtskonvention und der Behindertenrechtskonvention. Junge Menschen mit Beeinträchtigung und Behinderung werden durch strukturelle Segregation diskriminiert und nachhaltig beschädigt.

Es bedarf einer Schule für alle - ohne äußere Gliederung und Auslese. Dies gilt insbesondere für eine Migrationsgesellschaft, die gegenwärtig und zukünftig herausgefordert ist, geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren.

Fast 100 Jahre nach der Einführung der gemeinsamen Grundschule muss die Reform des deutschen Schulwesens endlich bis zum Ende der Schulpflicht fortgesetzt werden und alle Kinder und Jugendlichen einschließen. Die vielen positiven Beispiele gemeinsamen Lernens in integrativ und inklusiv arbeitenden Schulen bedeuten eine Ermutigung auf dem Weg zur Überwindung selektiver Strukturen.

Das gemeinsame Leben und Lernen in einer Schule für alle fördert das Verständnis und die Verantwortungsbereitschaft füreinander, das friedliche Zusammenleben innerhalb der Gesellschaft und die Kultur einer demokratischen Teilhabe. Individualisierte und kooperative Lernerfahrungen unterstützen nachweislich auch die kognitive Entwicklung aller Schülerinnen und Schüler. Eine demokratische und an den Menschenrechten orientierte Lernkultur bereitet junge Menschen auf das Leben in einer zunehmend von Globalisierung und Diversifizierung geprägten Gesellschaft vor.

Wir leiten daraus die Selbstverpflichtung ab, an der Überwindung des gegliederten Schulwesens mitzuarbeiten und dafür gesellschaftliche Mehrheiten zu gewinnen.

Die Veranstalter des Bundeskongresses

